

Politik

# Heizungsaustausch: Förderprogramm soll 2024 starten

Die Ampelkoalition will das Heizungsgesetz in zwei Wochen beschließen, dennoch sind noch Details unklar. Bundesbauministerin Klara Geywitz hat sich gegen höhere Dämmstandards im Neubau ausgesprochen.

VON NORBERT WALLET UND DPA

**BERLIN.** Das umstrittene Heizungsgesetz der Bundesregierung soll noch im September im Bundestag beschlossen werden. Noch aber sind viele Details unklar. Eine Anfrage der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag bringt bei den Umständen der Förderung nun ein wenig mehr Klarheit. Das Förderprogramm zum Heizungsaustausch soll Anfang 2024 beginnen, geht aus der Antwort der Bundesregierung hervor, die unserer Zeitung vorliegt. „Geplant ist ein Start des Programms zum 1. Januar 2024“, heißt es in der Auskunft der Bundesregierung.

Die Bundesregierung plant bei den Hilfen für den Heizungsaustausch soziale Faktoren besonders zu berücksichtigen. Prinzipiell soll es eine Grundförderung von 30 Prozent der Investitionskosten für klimafreundlichere Heizungen für alle Wohn- und Nichtwohngebäude geben. Dazu ist ein „Einkommensbonus“ für Eigentümer einer selbst bewohnten Immobilie vorgesehen. Bedingung ist ein zu versteuerndes Haushaltseinkommen von weniger als 40 000 Euro. Er soll bei zusätzlich 30 Prozent der Investitionskosten liegen. Die Bundesregierung weist in ihrer Antwort darauf hin, dass „etwa 40 bis 45 Prozent der Haushalte im selbst genutzten Eigentum“ unter der Einkommensgrenze von 40 000 Euro liegen.

Die Unionsfraktion wollte von der Bundesregierung auch wissen, welchen sozialen Ausgleich Familien mit einem selbst bewohnten Haus oder Wohnung und einem zu versteuernden Haushaltseinkommen von 45 000 Euro erhalten. Die Bundesregierung antwortet, dass diese Familien „die Grundförderung von 30 Prozent und zusätzlich den Klima-Geschwindigkeitsbonus in Höhe von bis zu 20 Prozent erhalten, wenn deren Gasheizung zum Zeitpunkt der Antragsstellung mindestens 20 Jahre alt ist, oder sie eine Öl-, Kohle-, Gasetagen- oder Nachtspeicherheizung besitzen, die gegen eine

neue klimafreundliche Heizung ausgetauscht wird. Bei entsprechender Bonusberechtigung kann zusätzlich auch noch der Wärmepumpenbonus gewährt werden.“ Alle Auskünfte stehen aber noch unter dem Vorbehalt der abschließenden Beratungen im Bundestag.

Die Klimapolitik der Bundesregierung war am Dienstag aber auch in anderen Hinsichten ein großes Thema im politischen Berlin. Wohnungsbauministerin Klara Geywitz (SPD) überraschte mit der Ankündigung, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verschärfungen bei den Energiestandards für Neubauten – es geht um Vorschriften für die Dämmung – nicht umzusetzen. Es

sei „angesichts hoher Baukosten und zurückgehender Anträge nicht die Zeit dafür“, sagte Geywitz. Mit dem von Robert Habeck (Grüne) geführten Wirtschafts- und Klimaschutzministerium soll nun ein neuer Ansatz erarbeitet werden. Auf Anfrage unserer Zeitung wollte sich das Habeck-Ministerium nicht näher äußern. „Fragen des Koalitionsvertrags besprechen wir innerhalb der Koalition“, sagte eine Sprecherin.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Andreas Jung forderte im Gespräch mit unserer Zeitung, „statt Stückwerk endlich eine Gesamtstrategie der Ampel“. Bei den Gebäuden müsse „die ökologische Aufgabe des Klimaschutzes mit der sozialen Frage

des Wohnens zusammengebracht werden“, sagte Jung. Für beides brauche es „die wirtschaftliche Grundlage“.

Auf die Frage, mit welchen CO<sub>2</sub>-Einsparungen die Bundesregierung durch die GEG-Novelle rechne, antwortete die Bundesregierung, dazu lägen gegenwärtig noch „keine abschließenden Abschätzungen“ vor. Die Bundesregierung rechnet außerdem trotz der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht mit steigenden Gaspreisen in den nächsten Jahren – im Gegenteil. So soll laut Prognose im Jahr 2035 die Kilowattstunde Erdgas 14,40 Cent kosten, derzeit seien es 16,04 Cent – allerdings seien Energiepreisprognosen „mit großer Unsicherheit“ behaftet.

## Ampelkoalition muss bei Klimaschutz nachbessern

Deutschland verfehlt laut Expertenrat Klimaziele und bewertet die eigenen Anstrengungen zu optimistisch.

**BERLIN.** Gleich mehrere wissenschaftliche Berichte, die Defizite der deutschen Klimapolitik aufzeigen, haben den Handlungsdruck auf die Bundesregierung erhöht. Der unabhängige Expertenrat der Regierung für Klimafragen bescheinigte dieser in einer am Dienstag veröffentlichten Stellungnahme, ihr Klimaschutzprogramm stehe nicht im Einklang mit den gesetzlich festgelegten Emissionszielen. Allerdings bescheinigte das Gremium der Ampel auch Fortschritte.

Aus dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung gehe nicht hervor, „wie die verbleibende Differenz zu den Klimaschutzgesetz-Zielen geschlossen werden soll“, schreiben die Expertinnen und Experten. Es fehle ein „schlüssiges Gesamtkonzept“. Ratsmitglieder empfahlen daher zusätzliche Maßnahmen – zum Beispiel den Abbau klimaschädlicher Subventionen oder das Vorziehen eines Zertifikatehandels mit festen Emissionsobergrenzen. Letzteres müsse sozial flankiert werden.

Laut dem ebenfalls am Dienstag vom Umweltbundesamt (UBA) veröffentlichten Projektionsbericht 2023 der Regierung ist nach jetzigem Stand davon auszugehen, dass je nach Szenario im Zeitraum bis 2030 zwischen 194 und 331 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mehr ausgestoßen werden als zulässig. Allerdings hatte die Lücke vor zwei Jahren im damaligen Projektionsbericht des UBA noch 1100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> betragen.

# 331

Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> könnten bis 2030 mehr ausgestoßen werden als zulässig.

Das Ziel, die Emissionen bis 2030 um 65 Prozent verglichen mit 1990 zu verringern, könnte laut den UBA-Daten im günstigsten Szenario erreicht werden. Die erwarteten Zielverfehlungen beziehen sich vorwiegend auf die Jahre dazwischen und kon-

zentrieren sich auf die Bereiche Verkehr, Industrie und Gebäude.

Die im Klimaschutzprogramm der Regierung enthaltenen Maßnahmen hätten „das Potenzial, signifikante Treibhausgas-minderungen zu ermöglichen“, erkannte der Vorsitzende des Expertenrats, Hans-Martin Henning, an. Gleichwohl entspreche das Programm aber „nicht den Anforderungen im Klimaschutzgesetz“, da die Emissionsziele selbst bei vollständiger Umsetzung verfehlt würden. Kritisiert wurden erhebliche Unsicherheiten bei den Annahmen der Regierung. „Es gibt keine konsistente Datengrundlage für die Wirkung der Maßnahmen“, sagte Henning. Der Expertenrat sei daher „nicht in der Lage, valide Aussagen zu Wirkung des Klimaschutzprogramms zu machen“. Es sei jedoch davon auszugehen, dass „die kumulierte Zielerreichungslücke größer ausfallen wird“ als von der Regierung errechnet – auch weil viele Maßnahmen vage formuliert seien oder es Zweifel an der Umsetzung gebe. AFP

